

FAKTEN STATT FAKE-NEWS: NETZGEBÜHREN

In den letzten Monaten wurde viel über steigende Strom-Netzgebühren im Burgenland diskutiert. Dabei kursieren viele falsche Behauptungen – vor allem jene, die Burgenländische Landesregierung oder die Burgenland Energie seien verantwortlich.

Das stimmt **nicht**.

Tatsächlich werden die Netzgebühren **nicht im Burgenland**, sondern bundesweit **von der Regulierungsbehörde E-Control** festgelegt – und zwar auf Basis klarer gesetzlicher Vorgaben.

Trotz dieser Fakten nutzt die **ÖVP Burgenland** die Unklarheit vieler Menschen über die Zuständigkeiten, um mit **irreführenden Aussagen** Stimmung gegen die Landesregierung zu machen.

Wer legt die Netzgebühren fest?

Die **E-Control**, eine unabhängige staatliche Regulierungsbehörde, legt die Netzgebühren fest – **NICHT** die Burgenländische Landesregierung und **NICHT** die Burgenland Energie. Rechtsgrundlage dafür ist das **Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG 2010)**.

So läuft das Verfahren ab:

- » Die E-Control prüft jährlich die Kosten der österreichischen Netzbetreiber.
- » Auf dieser Grundlage wird die **Systemnutzungsentgelte-Verordnung** erlassen, die für ganz Österreich gilt.
- » Diese Verordnung legt fest, wie hoch die Netzgebühren sind, und tritt jeweils am **1. Jänner des Folgejahres** in Kraft.
- » Landesregierungen oder Energieversorger dürfen **nur Stellung nehmen**, aber **keine Entscheidungen treffen**.

Kurz gesagt: Die Netzgebühren sind **behördlich reguliert, rechtsstaatlich festgelegt** und **transparent veröffentlicht**. Zuständig für das Gesetz ist der **Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus – Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP)**.

Wie das Burgenland gegen steigende Netzgebühren kämpfte

30. Juli 2025

Die Burgenländische Landesregierung warnt vor dem neuen Energiegesetz und den damit verbundenen Mehrbelastungen für Stromkundinnen, Stromkunden und Betreiber von Photovoltaikanlagen.

9. August 2025

Erneute öffentliche Kritik: Der Gesetzesentwurf sei „nicht kundenfreundlich und erneuerbarenfeindlich“.

12. August 2025

Das Land übermittelt eine **formale Stellungnahme** an das Bundesministerium. Darin fordert es eine **sozial gerechte Netztarifregelung** und weist auf drohende Mehrkosten für das Burgenland hin.

Oktober 2025

In einer weiteren Aussendung fordert das Land, die Erhöhung der Netzentgelte auszusetzen – doch vom Bund kommt **keine Reaktion**.

Politische Bewertung

Die **SPÖ-geführte Burgenländische Landesregierung** hat frühzeitig gewarnt, aktiv Stellung genommen und versucht, beim Bund Verbesserungen zu erreichen.

Die **ÖVP** hingegen – sowohl im Bund als auch im Burgenland – **unternahm nichts**, um die steigenden Netzgebühren zu verhindern. Stattdessen versucht sie nun, **die Verantwortung der Landesregierung zuzuschieben**, obwohl diese gar keine rechtliche Zuständigkeit hat.

Das ist kein sachlicher Umgang mit der Energiepolitik, sondern ein Versuch, **mit Falschinformationen und Schuldzuweisungen politisches Kleingeld zu schlagen** – auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, die klare und ehrliche Information verdienen.

Was ist jetzt mit dem Aussetzen und einer einheitlichen Gebühr für Österreich, liebe ÖVP? Weil die Benutzung der Autobahnen in ganz Österreich kostet auch für alle gleich viel!